04 / 2013 www.SBL2013.de 01.02.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Letzter Koalitionsausschuss, letzter Bundesrat ohne rot-grüne Mehrheit. Die Tage von Schwarz-Gelb sind gezählt! Noch 233 Tage bis zum Regierungswechsel. Wir sind gut aufgestellt- mit der Klausur des Parteivorstandes in Potsdam haben wir unsere zentralen Themen gesetzt!
Es geht um mehr Gerechtigkeit und Miteinander in Deutschland! Dies betrifft vor allem die Löhne & Arbeit, die Bildung, die Gesundheit, die Pflege, die Finanzen & Steuern und vieles mehr. Die Vorbereitungen für das Regierungsprogramm sind im vollen Gange – am 14.4.2013 werden wir es beschließen und dann mit klaren Positionen in den Wahlkampf ziehen. Bis dahin feiern wir aber erst mal so richtig Karneval. Denn dort hat die „heiße Phase“ schon begonnen ☺ ! Vielleicht sehen wir uns bei einer Prunksitzung, Möhnenkaffee oder einem Umzug?!
Lasst es euch gut gehen und feiert schön. Alaaf !
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Koalitionsausschuss - Ein letztes Aufbäumen?

Am Donnerstag hat das letzte Mal der Koalitionsausschuss getagt. Es wurden Einsparungen von 6 Milliarden Euro verkündet. Das ist Heldentum nach Ladenschluss. Eine Kraftmeierei, die sich gar nicht mehr beweisen muss. Denn: Was Merkel bei einem Wirtschaftswachstum von 4,2 % in 2010 und 3 % in 2011 mit steigenden Steuereinnahmen nicht geschafft hat, das soll jetzt die nächste Regierung in2014 schultern – bei nur schwachem Wachstum von 0,4 % in 2013 und unsicheren Aussichten für 2014. Dieser letzte schwarz-gelbe Haushaltsplan wird ein Schaufensterhaushalt für den Wahlkampf.
Schauen wir mal auf die Bilanz von Merkel:
Von dem im Sommer 2010 inszenierten Konsolidierungspaket der Koalition wurden im anschließenden Haushalt und Finanzplan nur wenige Elemente tatsächlich umgesetzt. Getroffen hat es die Schwächsten, Arbeitslose und einkommensschwache Familien mit Kindern, durch Kürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit und beim Elterngeld für ALG-II-Bezieher. Großspurig angekündigte Haushaltsverbesserungen durch die „Beteiligung von Unternehmen“ aber waren Luftnummern: Versprochen waren 2,4 Milliarden Euro von der Atomwirtschaft, die durch Merkels Energiechaos nach Fukushima nicht kamen.
Versprochen war die Bankenbeteiligung durch eine Finanztransaktionssteuer von 2 Milliarden Euro in 2012 – Ergebnis: Null! Versprochen waren Milliardeneinsparungen durch die Streitkräftereform – Ergebnis von Merkels Bundeswehrchaos: Mehrausgaben! Versprochen war, 24 Milliarden Euro an Subventionen auf den Prüfstand zu stellen – Ergebnis: Null. Stattdessen hat Schwarz-Gelb viel Geld für eine Klientelpolitik verschwendet, von der die Wohlhabenden noch das meiste hatten. In den guten Jahren 2010- 2012 betrug Merkels Neuverschuldung 84 Milliarden Euro. Mit dem Ansatz für 2013 von 17 Milliarden neuen Schulden macht das rund 100 Milliarden Euro. Im Koalitionsausschuss im November wurde das bildungspolitisch katastrophale Betreuungsgeld beschlossen. Bis zu 2 Milliarden Euro als Wahlgeschenk an die CSU. Da wurde beschlossen, der Rentenversicherung 5,6 Milliarden Euro zu entziehen – ohne Blick auf den demografischen Wandel und ohne Vorsorge für schwierige Zeiten. Da wurde außerdem beschlossen, dass 2,5 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds für das Stopfen von Haushaltslöchern abgezogen werden. Und dann noch ein Bankraub von einer Milliarde Euro bei der KfW. Das ist eine alte konservative Methode: Statt ehrlicher Steuerpolitik Klientelgeschenke. Statt Klarheit und Wahrheit bei Einnahmen und Ausgaben die Plünderung der Sozialkassen und das Lahmlegen öffentlicher Investitionen. Die Regierung Merkel hat die Reserven einer guten Konjunktur verfrühstückt.
Statt bei Investitionen, bei Arbeitsmarktpolitik und Bildung vorzusorgen für die Zukunft, lähmt sie Bund, Länder, Kommunen und schwächt die Sozialkassen besonders dort, wo es um soziale Investitionen für die Menschen geht. Die Bundesagentur für Arbeit hat es klar gesagt: Kommt ein Konjunktureinbruch, hat sie keine Luft mehr für ein Kurzarbeiterprogramm. Dann geht sie in die Miesen. Und das muss die nächste Regierung ausbaden. Die Regierung Merkel ist haushaltspolitisch unglaubwürdig. Sie hinterlässt ein bleiernes Erbe. Ihr Glück war die gute Konjunktur. Ihr ganzes Elend aber ist, dass sie damit nichts anzufangen wusste. Sie hat den schwachen Schultern mehr aufgeladen. Sie privilegiert den Finanzsektor, der bis heute keine Umsatzsteuer auf den aufgeblähten Finanzhandel zahlt.
Sie will Steuerhinterzieher der Strafverfolgung entziehen. Sie schließt die Augen vor dem demografischen Wandel. Eine neue Bundesregierung muss das ändern. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit und mehr Zukunftsvorsorge. Die Zeit für Schwarz-Gelb läuft ab.

In eigener Sache

Am Dienstag, **5.2.2013 findet um 18 Uhr im Bootshaus in Neuwied** eine Veranstaltung zum „Bahnlärm“ statt. Mein Kollege Gustav Herzog, MdB wird referieren. Ich freue mich bei dem Thema auf hoffentlich viele Gäste!

Bundesrat

Letzte Sitzung ohne rot-grüne Mehrheit

Am Freitag hat der Bundesrat das letzte Mal mit alten Mehrheiten getagt. Denn beginnend mit der folgenden Sitzung am 1. März – wenn sich auch in Niedersachsen eine rot-grüne Regierung konstituiert hat – haben wir bis mindestens 2016 eine rot-grüne Mehrheit auf Länderebene. Wir werden diese Gestaltungsmehrheit nutzen.

Seit der Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung in NRW im Mai 2010 hat Merkel keine eigene Mehrheit im Bundesrat mehr. Wir haben im Bundesrat seitdem verantwortungsbewusst entschieden: So bei den Verhandlungen zur Reform der Regelsätze Anfang 2011, bei denen wir eine Entlastung der Kommunen von 4 Milliarden Euro (Grundsicherung im Alter) und Mindestlöhne für 1,2 Millionen Beschäftigte in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche durchgesetzt haben. So 2012 bei den Abstimmungen über eine Frauenquote, die auch von CDU-geführten Landesregierungen mitgetragen, aber von der Regierung Merkel in Berlin abgelehnt wurde. Beim gesetzlichen Mindestlohn haben wir einen Bundesratsvorstoß unternommen, den die CDU in Thüringen mitträgt, die Regierung Merkel aber nicht übernimmt. Bei der Abstimmung über das Jahressteuergesetz haben wir eine Initiative zur steuerlichen Gleichstellung homosexueller Partnerschaften unternommen, die Merkel ebenfalls blockiert. All das zeigt: Es gibt in Deutschland nur *eine* Blockade, und das ist die Regierung Merkel. Wir bringen unser Land nach vorn, Steuerehrlichkeit, soziale Teilhabe, starke Kommunen, moderne Gesellschaft – überall gibt es große gesellschaftliche Mehrheiten, die wir in Politik umsetzen. Unsere Strategie ändert sich nicht: Wir gestalten! Beginnend am 1. März haben wir bis Mai drei Bundesratssitzungen für Initiativen, die wir auch noch im Bundestag behandeln können. Wir wollen mit einer neuen Initiative versuchen, die Einführung des Betreuungsgeldes zu stoppen und die bis zu zwei Milliarden Euro, sinnvoll in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren. Die gesellschaftliche Mehrheit dafür ist überwältigend. Die Mehrheit auf Länderebene ist jetzt auch da. Es hängt nur noch an Schwarz-Gelb in Berlin. Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder.

Wir wollen einen Vorstoß für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro unternehmen. Ohne Täuschung und ohne Schlupflöcher! Tarifliche Mindestlöhne der Branchen sind gut. Aber dann oberhalb von 8,50 Euro. Dann hat die Regierung Merkel Gelegenheit, den Worten Taten folgen zu lassen und den Mindestlohn auch im Bundestag noch in dieser Legislaturperiode zu beschließen!

Wir wollen anständige Löhne.

Wir wollen Stephan Weils Initiative aufnehmen und werden die gesetzlichen Regelungen des Kreditwesens verschärfen, um gegen Banken vorzugehen, deren Geschäftsmodell darauf ausgerichtet ist, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu begünstigen. Als ultima ratio wollen wir den Entzug der Banklizenz ermöglichen. Es geht darum, Ernst zu machen mit der Forderung nach Steuerehrlichkeit.

Innen

NPD-Verbot – Jetzt!

Am Mittwoch hat der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Bei uns war die Publizistin Inge Deutschkron. Ihr Theaterstück „Ab heute heißt Du Sara“ und ihre Erinnerungen „Ich trug den gelben Stern“ sind vielen ein Begriff. Sie überlebte den Holocaust im Berliner Untergrund. Sie engagiert sich für Demokratie, für die Menschenrechte und stellt sich mit klarer Stimme gegen die Feinde der Freiheit.

Die Lebendigkeit einer Demokratie bemisst sich im Streit der politischen Alternativen. Aber zur Stärke der demokratischen Verfassung zählt auch die Gemeinsamkeit in den Grundfragen.

Wir appellieren in dieser Woche noch einmal dringend an die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen, in der Frage des NPD-Verbots nicht mehr auszuweichen. Die NPD ist rassistisch, menschenverachtend und begreift den historischen Nationalsozialismus als Vorbild. Sie ist aggressiv, mit gewaltbereiten Gruppen verwoben und sie missbraucht ihren legalen Status für illegale Ziele. Höchste Zeit, dass wir handeln.

Verteidigung

ISAF- Mandat verlängert

Die Bundesregierung beantragt die Fortsetzung des Einsatzes deutscher Streitkräfte an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF). Das Bundeswehrkontingent soll bis Februar 2014 von 4.400 auf 3.300 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden.

Damit wird der Rückzug der Bundeswehr fortgesetzt, so wie wir es seit Sommer 2009 fordern.

Der bisherige Auftrag der Bundeswehr – Aufbau und Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte sowie der Schutz der afghanischen Bevölkerung – endet im Dezember 2014. Bis dahin werden die afghanischen Sicherheitskräfte die vollständige und alleinige Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen. Die Menschen in Afghanistan können sich darauf verlassen, dass wir sie auch nach 2014 weiter unterstützen. Vor allem muss der wirtschaftliche Wiederaufbau weiter vorangetrieben werden. Die afghanischen Sicherheitskräfte werden für eine gewisse Zeit auf Ausbildungshilfe und Beratung angewiesen bleiben. Die Bundeswehr wird deshalb voraussichtlich auch nach 2014 noch in Afghanistan vertreten sein, allerdings auf Grundlage eines völlig anderen Mandats und mit deutlich weniger Soldaten. Das vorliegende Mandat setzt den von uns geforderten Weg der schrittweisen Beendigung von ISAF fort.

Bonbon

„Schwarz-grün passt so gut zusammen wie Lakritze und Spinat.“

(Guido Westerwelle, FDP)

Termine

(die kursiv gedruckten Termine sind nichtöffentlich)

01.02.13	**19.00 Uhr**	**Neujahrsempfang Dietmar Muscheid, Nassauer Hof**
02.02.13	***17.00 Uhr***	***Pressegespräch PJO, Daaden***
	19.11 Uhr	**DJK Sitzung Herdorf**
03.02.13	**10.30 Uhr**	**Bürgerfrühschoppen, Linz**
	17.00 Uhr	**Vernissage, Kulturhaus Hamm**
04.02.13	***13.00 Uhr***	***IGS Hamm***
	15.30 Uhr	***AWO Kleiderkammer Hamm***
05.02.13	***14.00 Uhr***	***Wasser-Schifffahrtsverwaltung Koblenz***
	18.00 Uhr	**Info-Veranstaltung Bahnlärm mit Gustav Herzog, MdB, Bootshaus Neuwied**
06.02.13	***11.00 Uhr***	***Besuch Rabenhorst, Unkel***
	18.00 Uhr	***Treffen SPD AG, Betzdorf***
07.02.13	**14.00 Uhr**	**Möhnen Waldbreitbach**
	17.00 Uhr	**Möhnen Unkel**
	19.00 Uhr	**Möhnen Leutesdorf**